schuldigungen gegen eine Privatperson gerichtet hat, sowie die Thatsache, daß der socialdemokratische Führer den Wortlaut seiner Rede im amtlichen stenographischen Berichte des Reichstags grobem — Aenderungen unterworfen hat. Wie wir nach der „Post" gemeldet, gedenkt das Reichstagspräsidium dieserhalb einzuschreiten. Inzwischen hat Bebel selbst im „Vorwärts" das Wort zur Sache ergriffen. Er deutet zunächst selbst an, daß er leichtfertig gehandelt, denn er verspricht, bei erster Gelegenheit zu den Acten des Reichstages eine Erklärung abzugeben, die seine Angriffe gegen Herrn Fink „nach dem, was mir mittlerweile über ihn bekannt wurde, richtig stellt". Richtig stellen heißt in diesem Falle ohne Zweifel abschwächen, wenn nicht gar zurücknehmen; denn wenn Herr Bebel Schlimmeres, als er schon behauptet hat, über das jüngste Opfer seiner Lieblingsgewohnung vorzubringen wüßte, würde er nicht mit seinen Eröffnungen gezögert haben. Doch das wird sich finden. Vorerst interessirt, wie der Mann seine — Correctur des stenographischen Berichtes zu rechtfertigen wagt. Er hatte gesagt: Fink ist (wegen Wechselfälschung) verurtheilt worden, und er will gesagt haben: Fink soll verurtheilt worden sein. Das angegebene Delict hat Bebel bekanntlich schon vorher verschwinden lassen, diesmal läßt er sich über diesen Punct überhaupt nicht mehr aus. Den Unterschied aber zwischen seiner gesprochenen Behauptung und der Gestalt, die er ihr in der bleibenden Form der Druckschrift gegeben, möchte Bebel als geringfügig erscheinen lassen. Er habe, so erklärt er, sich bei der Correctur „streng in den Grenzen gehalten, die für dergleichen im Reichstage erlaubt sind". Das ist natürlich nicht wahr. Es ist nicht gebräuchlich im Reichstage und wird hoffentlich dort niemals zulässig sein, daß ein „on dit" für gleichwerthig mit einer strikten thatsächlichen Angabe angesehen wird. Wenn ein Abgeordneter Personen, die gegen Angriffe, die im Reichstag wider sie gerichtet werden, gesetzlich wehrlos gemacht sind, ausgesprochenermaßen nach dem Hörensagen unehrenhafter Handlungen beschuldigt, so reicht das ja schon hin, um einen derartigen Mißbrauch eines im Interesse der Volksvertretung — nicht zum Privatvergnügen ihrer einzelnen Mitglieder — gegebenen Rechtes unqualificirbar erscheinen zu lassen. Bebel hat aber mehr gethan: er hat ausdrücklich eine „Thatsache" zu erzählen erklärt. Auch dieses Wort „Thatsache" ist von ihm aus dem stenographischen Bericht ausgemerzt worden. Nur der Ausdruck „Angabe von einer Seite" blieb stehen. Die Weglassung bezeichnet Bebel als eine stilistische Aenderung, die den Sinn seiner Worte nicht im Geringsten ändere. Es hieße die Leser beleidigen, wollte man diesem plumpen Versuche, den Unterschied zwischen sicherem Wissen und zwischen dem Hinweis auf ein Gerücht zu verwischen, auch nur mit einem Worte begegnen. Herr Bebel thut hier einfach, was ein gewisses Thier mit einem gewissen Anhängsel thut, wenn es wegen der Folgen ungebührlicher Aufführung gegründete Angst verspürt. Daß er seine „Correcturen" im Interesse des Angegriffenen vorgenommen zu haben vorgiebt, schwächt die Richtigkeit dieses Vergleiches nicht ab. Der erfahrene Parlamentarier weiß wohl, daß der Angegriffene die Last der gesprochenen Worte, die von Hunderten gehört und von Millionen gelesen wurden, zu tragen hat. Diese Wirkung hat Bebel gewollt, die Aenderungen entsprangen Befürchtungen für seine Person, die ihm nachträglich aufgestiegen oder von Parteigenossen eingeflößt worden sind. Was sich immer in der Angelegenheit noch ergeben mag: der socialdemokratische Führer hat, wie schon so oft, auf Kosten eines Wehrlosen mit der Unwahrheit Verschwendung getrieben.

‡‡ **Berlin**, 29. December. In der Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1896 wird wieder der große Unterschied auffallen, der zwischen den Kosten der Unfallverhütung der gewerblichen und der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften herrscht. Während die gewerblichen etwas über ½ Million Mark dafür ausgegeben haben, beläuft sich die Gesammtausgabe der landwirthschaftlichen auf demselben Gebiete auf etwas über — 2000 ℳ. Die gewerblichen haben für die Ueberwachung der Betriebe nahezu 486 000 ℳ ausgegeben, die landwirthschaftlichen nichts. Bei einem solchen Ausgabenunterschiede muß man doch zu der Frage kommen, ob denn die Unfallgefährlichkeit der beiden Berufsgruppen so verschieden sei, daß diese Differenz in den Ausgaben sich dadurch rechtfertige. Die Frage wird aber auf Grund der gleichfalls für 1896 vorliegenden Zahlen durchaus verneint werden müssen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften entfielen in dem Berichtsjahre auf 1000 Versicherte 6,72 entschädigte Verletzte und bei den landwirthschaftlichen 3,84. Die Unfallgefährlichkeit in der Landwirthschaft war demnach zwar geringer als in der Industrie, wie das ja auch wohl ohne Weiteres anzunehmen ist, sie belief sich jedoch auf mehr als die Hälfte der letzteren. Bei dieser Sachlage wäre es wohl zweckmäßig, wenn die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften der Verhütung der Unfälle eine größere Aufmerksamkeit als bisher zuwendeten. Vor einiger Zeit hieß es auch, daß mehrere dieser Genossenschaften den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften in Aussicht genommen hätten. Man hat aber leider seitdem von einer weiteren Entwickelung der Angelegenheit nichts gehört.

* **Berlin**, 29. December. Unter den auf postalischem Gebiete gehegten Wünschen nimmt der nach Ermäßigung der Telephongebühren einen hervorragenden Platz ein. Die „Berl. Börs.-Ztg." bringt über die in dieser Beziehung angeblich geplanten Reformen der Reichspostverwaltung folgende Mittheilungen: „Es liegt eine gewisse Unbilligkeit darin, daß für einen Telephonapparat eine Jahresmiethe von 150 Mark bezahlt werden muß von dem ebenso, der Monate lang auf Reisen ist und während dieser Zeit den Apparat gar nicht benutzen kann, wie von dem, der Tag aus Tag ein fast ununterbrochen die Telephonleitungen und die Telephonbeamten in Anspruch nimmt. Schon längst war deshalb das Bestreben darauf gerichtet, die Bezahlung der Telephonapparatmiethe in eine feste Grundtaxe und in eine Gebühr für die einzelne Benutzung einzutheilen. Es fehlte nur der Gesprächszähler, der zuverlässig genug functionirte. Zahlreiche Versuche mißlangen, alle elektrischen Apparate zeigten nach kurzer Zeit Mängel, die sie ungeeignet erscheinen ließen. Jetzt ist ein solcher mechanischer Gesprächszähler construirt, der automatisch functionirt und bei jedesmaliger Benutzung des Telephons die fortlaufende Gesprächszahl anzeigt. Die Numerirung geht bis 10 000 und fängt, wie bei dem Gasmessern, automatisch wieder von vorn an, sobald die Ziffer 10 000 überschritten ist. Die Anbringung des Zählers an den Telephonapparaten ist ohne erhebliche Kosten und Schwierigkeiten zu bewirken. Ist der Zähler vollends erprobt und eingeführt, so soll die feste Jahresmiethe für den Telephonanschluß auf 50 Mark herabgesetzt und daneben für die jedesmalige Benutzung des Telephons eine Gebühr entrichtet werden, die aber nicht für alle Theilnehmer die gleiche ist. Die telephonisch Angeschlossenen sollen vielmehr in drei Kategorien getheilt werden. Die erste soll die Anschlüsse in Privatwohnungen, die zweite die in Geschäftsräumen, die dritte die an Orten freien Verkehrs, wie Hotels, Restaurationen, Clubs u. s. w., umfassen. Die Gesprächsgebühr soll für die erste Kategorie 1, für die zweite 2, für die dritte 3 Pfennig betragen. Die Mitglieder der dritten Kategorie, die gleichsam als private öffentliche Fernsprechstelle betrachtet wird, sollen berechtigt sein, für die Benutzung ihrer Apparate von den Benutzenden eine Gebühr bis zu 5 Pfennig zu erheben. Natürlich steht es auch in ihrem Belieben, die Benutzung ihren Kunden und Besuchern unentgeltlich zu gestatten."

Y. **Berlin**, 29. December. (Telegramm.) Zur gestrigen Abendtafel im Neuen Palais waren geladen: Bischof Anzer, Staatssecretair des Auswärtigen Amtes Staatsminister von Bülow, der Gesandte Graf Leyden und Generaladjutant von Plessen. Heute Morgen begab sich der Kaiser nach dem Grunewald, um zu pürschen.

C. H. **Berlin**, 29. December. (Privattelegramm.) Eine Petition um Vermehrung der **polnischen Predigten und Gottesdienste in Berlin** beabsichtigen die hiesigen Polen an die maßgebendsten kirchlichen Behörden abzusenden. Für kommenden Sonntag ist eine große Versammlung polnischer Katholiken geplant. (Wiederholt.)

— Die Berathungen zwischen der Rheinischen Mission in Barmen und dem Landeshauptmann von Südwestafrika Major Leutwein über die Reservate der Eingeborenen-Stämme haben, dem „Hamb. Corresp." zufolge, mit einem befriedigenden Einvernehmen geendigt. Die Reservate verbleiben den Stämmen, die sie auch nicht veräußern dürfen, den Missionaren ist allein das Recht vorbehalten, sich auf ihnen anzusiedeln. Dadurch ist man allen Wünschen gerecht geworden, ohne Jemand zu schädigen.

— Die Frage, ob über den Gebrauch fremder, d. h. nicht deutscher Sprachen in Versammlungen ein Entwurf an den Landtag gebracht werden soll, ist noch nicht entschieden.

— Der Wirkl. Geh. Admiral-Rath und Chefconstructeur der kaiserlichen Marine Prof. Dietrich und der Wirkl. Geh. Admiralrath Director der deutschen Seewarte in Hamburg Prof. Dr. Neumayer sind zu Mitgliedern des Curatoriums der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt berufen worden.

— Wegen der Bezahlung der Streikschulden vom letzten Ausstand der Musikinstrumentenarbeiter sind, wie die „Nat.-Ztg." berichtet, zwischen dem Fachverein der Clavierarbeiter und der Berliner Gewerkschaftscommission Differenzen ausgebrochen. Den Musikinstrumentenarbeitern waren von den Gewerkschaften etwa 21 000 ℳ zur Unterstützung der Streikenden geliefert worden; davon hat der Fachverein bis jetzt 5000 ℳ zurückgezahlt. Da sich verschiedene Mitglieder weigern, weiterhin für die Nichtorganisirten Beiträge zu leisten, so beschloß die letzte Versammlung, die Abzahlungen überhaupt einzustellen. Wer die restirenden 16 000 ℳ nun aufbringen muß, ist noch ungewiß, wahrscheinlich wird der Verband der Holzarbeiter einen Theil der Kosten übernehmen müssen. Die Musikinstrumentenarbeiter führen ihre Niederlage auf die mangelhafte Unterstützung der anderen Gewerkschaften zurück.

B. **Kiel**, 29. December. (Privattelegramm.) Die Großherzogin-Wittwe Anastasia von Mecklenburg-Schwerin hat dem commandirenden Admiral von Knorr einige Uniformstücke des mit dem Torpedoboote S. 26 verunglückten Herzogs Friedrich Wilhelm mit dem Ersuchen zugehen lassen, sie dem See-Officier-Corps als Andenken zu übergeben. Die Uniformstücke sind der historischen Sammlung der Marine-Akademie überwiesen worden.

* **Friedrichsruh**, 28. December. Der „Hamb. Corresp." berichtet: Graf Herbert Bismarck, der mit Gemahlin am 24. d. M. hier eingetroffen war, feierte heute seinen Geburtstag. Der Mittags-Schnellzug brachte weiteren Besuch, und zwar die Grafen Wilhelm Bismarck und Hendel von Donnersmarck nebst Gemahlin. Es heißt, daß die Herrschaften hier das alte Jahr beschließen wollen. — Das Befinden des Fürsten ist unverändert. Gichtische Schmerzen gestatten ihm das Gehen nicht.

* **Hannover**, 29. December. (Telegramm.) Wie hier verlautet, ist die Ernennung des Grafen Stolberg zum Ober-Präsidenten von Hannover heute hier eingetroffen. Der bisherige Ober-Präsident Dr. v. Bennigsen wird sich am 31. d. M. verabschieden.

* **Cleve**, 28. December. In Styrum ist, der „Cleve. Volksztg." zufolge, der Fall vorgekommen, daß der Besoldungsordnung für Lehrer wegen ihrer Höhe die Genehmigung versagt wurde. Der Gemeinderath hatte 1500 ℳ Grundgehalt und 200 ℳ Alterszulagen beschlossen. Der Minister habe aber die Genehmigung versagt und die Regierung habe ein Grundgehalt von 1350 ℳ und Alterszulagen von 150 ℳ vorgeschlagen.

* **Köln**, 28. December. Die heutige Versammlung des Rheinischen Bauernvereins beschloß bezüglich des Anerbenrechtes die Annahme der von der Agrarcommission des Rheinischen Bauernvereins vorgeschlagenen Erklärung, wonach man mit Rücksicht auf die Volkssitte sowie die Jahrhunderte alten Traditionen sich gegen jede Einführung eines Zwangsanerbenrechtes ausspricht.

S. **Greiz**, 29. December. Der Fürst hat die Vereinigung der in Greiz, Alt- und Neupaumla, Kurtschau, Pohlitz, Raasdorf, Teichwitz, Schönfeld und Reinsdorf wohnenden römisch-katholischen Glaubensgenossen als römisch-katholische Kirchengemeinde zu Greiz anerkannt und bestätigt. Der Gemeinde sind die Eigenschaften und Rechte einer juristischen Person und die Vermögensfähigkeit verliehen. — Der Landtag ist statt auf den 3. Januar auf den 30. d. zu einer Sitzung einberufen worden.

* **Karlsruhe**, 28. December. Von den badischen Mitgliedern der Centrumsfraction verlautet nach der „Allg. Ztg.", daß verschiedene von ihnen der Marinevorlage wohlwollend gegenüberstehen; wenn Einzelne noch Bedenken tragen, das Budgetrecht des Reichstags auf eine Reihe von Jahren zu „binden", so würden sie sich doch wohl der Einsicht nicht verschließen, daß der Reichstag seinen Rechten nichts vergiebt, indem er den planmäßigen Ausbau einer zum Schutze des Reichs gebotenen großen Organisation sicherstellt.

* **Aus der Pfalz**, 28. December. Nach der „Augsb. Abdztg." wollen Nationalliberale und Bund der Landwirthe unter Verzicht auf die eigenen Candidaturen Fischer und Lucke einen bisher noch nicht genannten gemeinsamen Compromißcandidaten aufstellen. — Die „Land. Ztg.", das Organ des Abg. Schädler, hatte bekanntlich in einem Artikel unumwunden die Annahme der Marinevorlage empfohlen. Abg. Schädler erklärt jetzt, er habe diesen Marine-Artikel nicht verfaßt. Daß er aber irgendwie mit dem Artikel nicht einverstanden sei, ist aus der Erklärung nicht zu ersehen.

* **Metz**, 29. December. Premierlieutenant v. Puttkamer, der bekanntlich ein seiner Frau im Ehescheidungsprocesse zugesprochenes Kind herauszugeben sich weigerte, hat nunmehr, der „N. Abendztg." zufolge, nach Absolvirung einer vierwöchigen Haft auf der Festung Magdeburg und nachdem ihm eine weitere Haft von 3 Monaten angedroht war, sich zur Herausgabe des Kindes, das er bisher in der Nähe von Paris verborgen gehalten hatte, verstanden.

* **Straßburg**, 28. December. Wie die „Frankf. Ztg." erfährt, hat sich der dem Landesausschuß in seiner nächsten Tagung zugehende Entwurf einer Capitalrentensteuer auf der Grundlage der Selbstdeclaration und eines Stufentarifs mit einem Steuersatze von 2 Proc. des betreffenden Stufenbetrages auf. Der Ertrag der Capitalrentensteuer soll zur Herabsetzung der Grundsteuer und Beseitigung der Personalsteuer dienen.

Oesterreich-Ungarn.

Rothverordnungen; Deutsche Unterrichtssprache.

* **Wien**, 29. December. (Telegramm.) Das „Fremdenblatt" sagt bezüglich des Budgetprovisoriums, daß der sechsmonatige Zeitraum deshalb in Anspruch genommen worden sei, weil, wenngleich die Absicht bestehe, bald nach dem Schlusse der Landtagstagungen den Reichsrath zur Wiederaufnahme seiner verfassungsmäßigen Thätigkeit einzuberufen, doch erfahrungsgemäß vor Ablauf einer mehrmonatigen Frist der Staatsvoranschlag auf parlamentarischem Wege nicht fertig gestellt zu werden pflege. Uebrigens müsse für diese Verordnung sofort nach dem Wiederzusammentritt des Reichsraths die Indemnität in Anspruch genommen werden. (Theilw. wiederholt.)

* **Wien**, 29. December. (Telegramm.) Der niederösterreichische Landtag nahm den vom Abgeordneten Kolisko gestern eingebrachten Dringlichkeitsantrag an, welcher die gesetzliche Feststellung der deutschen Sprache als Unterrichtssprache an den Volks- und Bürgerschulen Niederösterreichs verlangt.

Frankreich.

Dreyfus-Angelegenheit.

* **Paris**, 29. December. (Telegramm.) Dem „Journal" zufolge ordnete die Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung gegen Matthieu Dreyfus wegen Verdachts des Bestechungs-Versuchs gegenüber dem Obersten Sandherr an. (Wiederholt.)

* **Marseille**, 29. December. (Telegramm.) Die Kaiserin von Oesterreich traf heute hier ein und wurde vom österreichischen Consul und den Mitgliedern der österreichischen Colonie empfangen. Die Kaiserin wird sich Nachmittags auf der „Miramare" einschiffen.

Schweden und Norwegen.

Vom Hofe.

* Wie der „Voss. Ztg." aus **Stockholm**, 27. December, geschrieben wird, hat der Gesundheitszustand der Kronprinzessin Victoria von Schweden und Norwegen in der letzten Zeit allmählich eine Wendung zum Schlechteren genommen. Die neuerdings wieder aufgetretenen Ohnmachtsanfälle stellen sich jetzt fast täglich ein. Außerdem hat der Husten zugenommen, und die Kräfte nehmen ab. In Folge dessen wird die Kronprinzessin auf den bestimmten Rath der Aerzte in den nächsten Tagen nach Italien reisen, um dort den Rest des Winters zu verbringen.

Rußland.

* **Petersburg**, 29. December. (Telegramm.) Der Minister des Innern, der Justizminister und der Oberprocurator des heiligen Synods haben beschlossen, die Herausgabe des in Petersburg erscheinenden Blattes „Nowoje Slowo" gänzlich zu verbieten.

Orient.

Kriegsentschädigung.

* **Konstantinopel**, 29. December. (Telegramm.) Die griechische Gesandtschaft theilte dem Minister des Aeußeren mit, daß die erste Rate der Kriegsentschädigung der Ottomanbank werde zugewiesen werden. Die Pforte hatte diese Erklärung verlangt, um von der Ottomanbank den Vorschuß von 800 000 Pfund zu erhalten, sie hatte von dieser Summe bisher nur 200 000 Pfund erhalten, da die Mächte die von der Ottomanbank verlangte Garantie, die Ertheilung des Vorschusses zur Kenntniß zu nehmen, nicht gegeben hatten. — Die in Thessalien dislocirten Truppen, sowie die dorthin zurückgekehrten Flüchtlinge leiden sehr unter dem ungewöhnlich strengen Winter.

Afrika.

Sudan und Lagos-Hinterland.

* **Paris**, 29. December. (Telegramm.) Die „Dépêches Coloniales" melden: Der Gouverneur des Sudan traf verschiedene militairische Maßnahmen, die als Vorbereitung einer Expedition gegen Samory angesehen werden. (Wohlt.)

* **Lagos**, 29. December. (Telegramm.) („Reuter'sches Bureau".) Ilesha und Berebere, zwei bedeutende Städte im Bariba-Lande, wurden von Haussahs aus der Colonie Lagos besetzt. Die Einwohner zeigten sich erfreut darüber, da sie einen Angriff von französischen eingeborenen Truppen befürchtet hatten; denn es verlautete dort, daß letztere sich in dem Lande festsetzen wollten. (Wohlt.)

Amerika.

Kämpfe auf Cuba.

* **Madrid**, 29. December. (Telegramm.) Eine Privatmeldung aus Havannah berichtet, daß die Truppen einem von den Aufständischen eingeschlossenen Orte Lebensmittel zuführten. Die Aufständischen flohen, indem sie Alles im Stiche ließen; sie hatten zahlreiche Todte. Auf Seiten der Spanier fielen vier Mann. Die combinirten Truppenabtheilungen des Generals Aguirra schlugen den Feind und brachten ihm zahlreiche Verluste bei. (Wohlt.)

Marine.

* **Berlin**, 29. December. (Telegramm.) Laut telegraphischer Meldung an das Ober-Commando der Marine ist S. M. S. „Condor", Commandant Corvetten-Capitain Meyer, am 28. December in Lourenzo Marquez angekommen und beabsichtigt, am 2. Januar nach Zanzibar in See zu gehen.

Kunst und Wissenschaft.

Theater. Zwei von der Tragödin Clara Ziegler verfaßte Stücke wurden am Dienstag zum ersten Male im Münchener Hoftheater aufgeführt: „Der Thürmer von Sanct Peter", ein zweiactiges Lebensbild aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, und der einactige Schwank „Furcht vor der Schwiegermutter". Das gut besetzte Haus nahm beide Stücke beifällig auf und rief die Darsteller und die Verfasserin wiederholt hervor. Clara Ziegler erhielt nach dem ersten Drama, das sie der Prinzessin Therese gewidmet hat, ein prächtiges, blumengeschmücktes Christbäumchen.

Schreiberverein der Westvorstadt.

Leipzig, 29. December. Es ist ein seit Jahrzehnten löblicher schöner Gebrauch in dieser Schreibergemeinde, einer größeren Anzahl von Kindern, denen kein Christbaum leuchtet und denen die Mutter als arme Wittwe kein Geschenk bescheren kann, den Weihnachtstisch zu decken. Solches geschah auch diesmal wieder und zwar am gestrigen Abende im großen Saale der Centralhalle unter Betheiligung zahlreicher Mitglieder. Gegen ½8 Uhr versammelten sich die Kinder im Vorsaale, woselbst sie und die zugehörigen Mütter zunächst mit Kaffee und Stolle bewirthet wurden. Hierauf zogen die zur Bescheerung Auserwählten unter den Klängen des Harmoniums in den Saal. Fräulein Doris Engelmann trug mit entsprechender Sopranstimme einen „Weihnachtsgesang", componirt von Wilh. Berger, unter Begleitung des Harmoniums (Herr Schilling) vor, worauf der Vorsitzende des Vereins Herr Schuldirector E. Schreiber die zu Herzen gehende Ansprache hielt. Am Schlusse derselben gedachte er in stiller Wehmuth und mit großer Dankbarkeit des heimgegangenen reich verdienten Mitgliedes des Comités, des Herrn Louis Heine, und wünschte seinem Nachfolger Herrn Haferkorn eine langjährige ersprießliche Wirksamkeit. Nun ging es an die Bescheerung; 11 Knaben und 10 Mädchen, vorwiegend Confirmanden, wurden vollständig neu gekleidet vom Kopfe bis zum Fuße, außerdem erhielt noch jedes Kind eine große Stolle und die vollgiten Nüsse, Aepfel und Pfefferkuchen. Freudestrahlend wurden die Gaben in Empfang genommen und mancher armen Mutter rollte eine Dankesthräne über die Wangen. Es giebt zwar viel Undank in der Welt, aber es giebt auch noch recht dankbare Menschen, dies konnte man bei der gestrigen Feier wiederum beobachten. Als die Bescheerung vorüber war, ging man sofort wieder an die Bildung eines Fonds für die nächstjährige Christbescheerung und das geschah auf folgende Weise: Jedes Vereinsmitglied stiftete, gewöhnlich wohl verpackt, ein Geschenk, manchmal auch mehrere, diesmal waren es etwa 450; diese werden dann verloost und der Erlös bildet den bereits erwähnten Grundstock. Und da es doch immer einen gewissen Reiz hat, dem Glücke die Hand zu bieten, auch erfahrungsgemäß immer recht neue Sachen gespendet werden und da endlich bei dieser Lotterie die Chancen viel günstigere waren, als bei mancher anderen Veranstaltung, so war die Tombola immer recht umlagert und die Verwalter des Spielgeschäftes hätten hundert Hände haben mögen. Die Beschenkten aber betrachteten daheim in ihren Stübchen all die schönen Sachen, die das Christkind in Gestalt guter Menschen ihnen beschert hatte. My.

Es war besonders eine Batterie der Oesterreicher, die uns großen Schaden that. Auch beim Rückzuge erwies sich ihre Artillerie von größtem Werthe. Als wir am Nachmittag, nachdem der Kronprinz die Schlacht entschieden hatte, vorrückten, fand ich eine Batterie der Oesterreicher buchstäblich zusammengeschossen; die Kanoniere waren auf den Kanonen gefallen; bis zu ihrem Tode hatten sie Stand gehalten. Schlechter noch als im Centrum ging es der Armee Friedrich Karls an ihrem linken Flügel; denn dieser war, bevor sich der Kronprinz zum Angriff anschloß, überaus schwach: die Division Fransecky konnte sich im Swieper Wald nicht halten. Fransecky wurde von den ihm entgegenstehenden zweieinhalb österreichischen Corps aus dem Walde geworfen und konnte sich nur am höchsten Rand desselben mühsam vertheidigen. Aber gerade dadurch, daß ihn die zwei österreichischen Corps zu hitzig verfolgten, ließen sie ihre Flanke und ihren Rücken ungedeckt: dort eben erschien der Kronprinz und entschied die Schlacht."

Auf die Frage, ob es für Benedek nicht sehr entlastend sei, daß die Generäle Festetics und Thun gegen seinen Befehl ihre Stellung verließen und in den Swieper Wald eindrangen, erwiderte Moltke:

„Gewiß muß Benedek von jeder Schuld dafür freigesprochen werden. Indessen ist das Verhalten der beiden Generäle sehr erklärlich. Sie waren im Vortheil, hatten Franseckh endlich aus dem Swieper Wald hinausgeschmissen und verfolgten nun ihren Sieg. Ein Sieg aber ist eine große Sache, er reißt mit sich fort. Sie glaubten also, die Schlacht an dieser Stelle zur Entscheidung bringen zu können — unterdessen freilich drang der Kronprinz in ihre Flanke. So mußten sie ihre Truppen erst aus dem Wald herausziehen, um sie ihm entgegenzuführen, und sie scheiterten an dieser schwierigen Bewegung. Eine solche Sammlung nach einem Waldgefechte kann nicht schnell von statten gehen, und so fand der Kronprinz, als er Chlum angriff, die Höhe fast leer den Vertheidigern. Wäre doch Benedek beinahe, als er gegen Chlum ritt, gefangen genommen worden."

„Ueberhaupt", so erwiderte Moltke mit großem Nachdruck, als ich den zögernden Gehorsam dieser Generäle hervorhob, „Gehorsam ist Princip, aber der Mann steht über dem Princip. Wer dann im Kriege Recht hat, darüber kann in den meisten Fällen nur der Erfolg entscheiden. Späterhin ist das Urtheil natürlich leicht; deshalb muß man mit der Verurtheilung eines Generals überaus vorsichtig sein."

Die in Oesterreich verbreitete Anschauung, Benedek hätte die Schlacht gewinnen können, wenn er vor dem Erscheinen des Kronprinzen seine Reserven zur Niederwerfung der Armee Friedrich Karls verwendet hätte, wehrte Moltke mit großer Bestimmtheit ab. „Das ist gewiß ein Irrthum", sagte er, „denn wenn Benedek um Mittag einen solchen Gegenangriff mit allen seinen Streitkräften versucht hätte, so wäre ihm vorerst ein ganz frisches preußisches Armeecorps, das III., entgegengestellt worden. Gar so schnell hätte er damit nicht fertig werden können. Während dieses Kampfes hätte der Kronprinz jedenfalls seinen rechten Flügel angegriffen; vermuthlich wäre dann die Niederlage der Oesterreicher nur um so größer gewesen. Denn je weiter sie im Centrum gegen Friedrich Karl vordrangen, desto verderblicher mußte die Wirksamkeit des Kronprinzen in ihrem Rücken sein."

Als ich die Ursachen der unvollständigen Ausnutzung des Sieges bei Königgrätz zur Sprache brachte und bemerkte, Generallieutenant v. Kirchbach theile mit, der vom Kronprinzen gegebene Befehl zur Verfolgung sei durch einen Gegenbefehl aus dem Hauptquartier aufgehoben worden, erwiderte Graf Moltke: „Eine schärfere Verfolgung war nicht möglich. Wir im Hauptquartier konnten nicht wissen, wie die Schlacht bei den einzelnen Heerestheilen stand. Wir haben uns immer davor gehütet, mit zu detaillirten Befehlen in die Thätigkeit der drei Heere einzugreifen, den Führern mußten die Anordnungen im Einzelnen überlassen werden. Wenn also Kirchbach Gegenbefehl bekam und die Verfolgung einstellte, so hätte der Befehl nur wieder vom Kronprinzen kommen können. Auch an General Etzel von der Elbearmee wurde die Weisung, die Verfolgung einzustellen, an diesem Tage nicht ertheilt — es kann das nur am folgenden Tag geschehen sein. Es ist ja richtig, daß die Division Etzel ohne Schwierigkeiten ins Gefecht hätte eingreifen können. Sie blieb während der Schlacht ungenützt, wie überhaupt die Brücke bei Nechanitz von den preußischen Truppen nur langsam überschritten wurde. Ob General v. Hartmann, der die Cavallerie des Kronprinzen befehligte, energischer hätte vorgehen können, könnte ich aus dem Gedächtniß nicht beurtheilen: das müßte sich aus den Acten feststellen lassen. Aber es wäre ihm nicht leicht gewesen, mit seiner Cavallerie rasch in die Schlacht einzugreifen, denn vor ihm kämpfte die siegreiche Infanterie des Kronprinzen. Er hätte sich erst durch sie herausdrücken müssen, um den Oesterreichern nachsetzen zu können. Dazu kam, daß die österreichische Artillerie nach dem Verlaufe Chlums weiter rückwärts aufs Neue Stellung genommen hatte und unser Vordringen mit großer Tapferkeit aufhielt. Ueberhaupt war unsere Armee nicht mehr geeignet, noch an demselben Tage eine Verfolgung der Oesterreicher vorzunehmen. Als die drei preußischen Heere concentrisch gegen die Stellung der Oesterreicher vordrangen und sie eroberten, mußten sie auf den eroberten Höhen gewissermaßen ineinander einbeugen und brachten sich gegenseitig in Verwirrung. So konnten wir an diesem Tage nichts mehr unternehmen und bedurften sogar noch den nächsten Vormittag, um unsere Truppen auseinander zu ziehen und zu ordnen."

Auf die Frage, ob der preußische Generalstab vor dem Kriege von den inneren Schwächen der österreichischen Armee eindringende Kenntniß hatte, entgegnete Moltke: „Man hat darin sehr übertrieben, wie überhaupt das ganze Spionenwesen vor und im Kriege einem sehr untergeordneten Werth besitzt. Wir waren natürlich von der Stärke und der Organisation der österreichischen Armee genau unterrichtet, wie wir es auch jetzt von der russischen und französischen sind. Es ist übrigens eine ganz falsche Vorstellung zu glauben, man könne von vornherein einen Feldzugsplan entwerfen, wie der Krieg bis zur Einnahme der feindlichen Hauptstadt zu führen sei. Voraussbestimmungen sind nur möglich bis zum ersten Zusammenstoße mit dem Feinde, dann muß man sich nach den Verhältnissen richten. Doch soll dann nicht etwa das Geistreichste, sondern das Einfachste und Natürlichstebeschlossen, dieses aber muß mit voller Consequenz durchgeführt werden."

Ueber seinen Antheil an den Vorberathungen zum Kriege bemerkte der Feldmarschall: „Ich stand auf Seiten Bismarck's. Nur ungern und mit schwerem Herzen willigte der König in den Krieg, der ihm als ein Kampf Deutscher gegen Deutsche dünkte. Ich nahm natürlich nur jenen Einfluß auf die Politik, der mir meinem Amte gemäß zustand. Für mich bestand die Hauptfrage darin, daß es nothwendig war, so stark wie möglich auf dem wichtigsten Kriegsschauplatze, in Böhmen, zu erscheinen, alles Andere stand in zweiter Linie. Deshalb rieth ich auch, den süddeutschen Staaten nur geringe Kräfte entgegenzustellen. Was hätten sie auch nach einem Erfolge beginnen oder durchsetzen können? Gedachten sie etwa gegen Berlin zu marschiren oder wollten sie Köln oder Koblenz belagern? Dann kam uns die Uneinigkeit zwischen ihren Führern zu statten, die natürlich nicht von uns vorauszusehen war. Auch mußten wir, um unser Hauptziel zu erreichen, es wagen, die Rheingrenze zu entblößen. Anfangs ließen wir ein ganzes Armeecorps im Westen zurück, aber auch davon wurde später eine Division nach Böhmen gezogen. So konnten wir mit starken Kräften in Oesterreich eindringen, und wir waren so wirklich in der entscheidenden Schlacht unserem Gegner auch an Zahl überlegen."